

Geschichtsentsorgung

Sie reden vom Kriegsende – wir sprechen von Befreiung

Angesichts der Tatsache, daß es inzwischen immer weniger Zeitzeugen und Teilnehmer an den damaligen Ereignissen gibt, besitzt die Verteidigung der historischen Wahrheit oberste Priorität. Die groß angelegte Kampagne zur „Entsorgung“ der Geschichte im Interesse kapital- und profitorientierter Kräfte zielt auf die Tilgung des Gedächtnisses der Menschen. „Alle Schocktherapien legen Wert auf das Auslöschen der Erinnerung“, schrieb die kanadische Publizistin Naomi Klein in einem 2007 bei S. Fischer erschienenen Buch zu dieser Thematik.

Unter dem Vorwand vermeintlicher Geschichtsaufarbeitung und einer „objektiven Sicht“ versucht man, prägende Persönlichkeiten und einschneidende Ereignisse einer „radikalen Neubewertung“ zu unterwerfen. Ein des Deutschen kundiger russischer Professor bat vor zwei Jahren den Chefredakteur des „Spiegels“ um Aufklärung darüber, warum in seinem Blatt so oft, sogar auf der Titelseite, Fotos von Hitler erscheinen – 2008 in 17 und 2009 in 10 von zunächst 25 Ausgaben. Er fragte: „Ist das vielleicht ein Ausdruck der Krise und damit verbundener Erwartungen? Oder die Angst vor einer großen Arbeitslosigkeit und deren Folgen wie Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre?“ Der Mann aus Moskau erhielt keine Antwort.

Volksverhetzung und Revanchismus sprechen aus den antikommunistischen Resolutionen der Parlamentsversammlung des Europarates und der Parlamentsversammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die den 23. August – das Datum des Abschlusses des Nichtangriffsvertrages zwischen der Sowjetunion und Deutschland – zum „Tag der Opfer des Nazismus und Stalinismus“ erklärten. Damit wird für das heutige Rußland eine rote Linie überschritten, betrachtet man doch den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg über den Faschismus auch weiterhin als Ausdruck von Ruhm und Ehre. Ohne dessen Anerkennung wie anderer Errungenschaften der Sowjetperiode ist keine Achtung vor dem heutigen Rußland und seiner Rolle im Weltgeschehen zu erwarten.

In diesem Zusammenhang wird einmal mehr deutlich, wie wichtig der Umgang mit bestimmten Worten ist, zu welchen Konsequenzen die willkürliche Verwendung gewisser Begriffe führt. Am wohl verbreitetsten ist dabei der Mißbrauch

der Vokabel Totalitarismus. Eine Gleichsetzung Stalins mit Hitler, von Kommunismus und Faschismus, von Auschwitz und Stalingrad ist zum Hauptinstrument skrupelloser Diffamierung fortschrittlicher und antifaschistischer Positionen und Ideen geworden. Der 2. Weltkrieg wird nicht als Kampf zwischen fundamental verschiedenen Wertesystemen dargestellt, sondern als Konflikt „zweier rivalisierenden



Das Denkmal der Verteidiger von Brest

der totalitären Regimes“, wobei am Ende eine dritte Kraft – die „westliche Demokratie“ – gesiegt habe. Damit ist für Rußland die Anerkennung nicht nur der Schuld Stalins, sondern auch des eigenen Volkes und Staates verbunden.

Wird die Geschichte zum Instrument einer solchen Politik, dann kann das nur zu abermaliger Konfrontation führen. Auf der Jalta-Konferenz sagte Stalin: „Solange wir alle leben, braucht man vor nichts Angst zu haben. Wir werden keine gefährlichen Differenzen zwischen uns zulassen. Wir werden es nicht gestatten, daß eine neue Aggression gegen irgendeines unserer Länder unternommen wird. Es werden jedoch zehn oder noch weniger Jahre vergehen, und uns wird es nicht mehr geben. Es wird eine neue Generation kommen, die nicht all das erlebt hat, was wir durchgemacht haben, die viele Fragen anders betrachten wird als wir. Was wird dann?“ Wie sich zeigte, bedurfte es nicht erst neuer Generationen. Bereits zu Lebzeiten Stalins entschied der reale Geschichtsverlauf gegen seine Mutmaßung. Schon 1950 begann der Koreakrieg.

Es gilt zu erkennen, daß sich der Antikommunismus keineswegs nur gegen Kommunisten wendet, sondern auf die Herabwürdigung jeglichen progressiven Gedankengutes – von den frühchristlichen Ideen der Gleichheit über die Aufklärung bis zu den Idealen des Humanismus und des antifaschistischen Kampfes – gerichtet ist. Der Widerstand gegen den Faschismus, zu dem die Kommunisten

einen entscheidenden Beitrag leisteten, gehört – wie die UNO-Vollversammlung 2009 in einer Resolution feststellte – zum Welterbe der Menschheit, was keinerlei Leugnung der begangenen Genozid-Verbrechen zuläßt.

Die massive Diffamierungskampagne zur Gleichsetzung von Faschisten und Kommunisten war zunächst eine Reaktion auf den gewachsenen Einfluß marxistisch-leninistischer Parteien nach

dem Sieg über die Achsenmächte. In zunehmendem Maße ging es aber auch darum, die schändliche Stillhaltepolitik des Westens bei der Tolerierung Hitlerdeutschlands, wie sie sich besonders im Münchener Abkommen offenbarte, nachträglich zu legitimieren.

Westliche Scheinheiligkeit widerspiegelte sich auch in der polnischen Frage. Am 3. September 1939 erklärten London und Paris zwar Nazideutschland den Krieg, verhielten sich dabei aber

äußerst seltsam. Während die faschistische Wehrmacht Polens Armee zerschlug, standen im Westen Europas 110 französische und britische Divisionen nur 23 kaum mit Panzern ausgerüsteten deutschen Divisionen gegenüber, ohne die für sie günstige Situation auszunutzen. General Jodl, Chef des Operationsstabes des Oberkommandos der Wehrmacht, wertete solche Tatenlosigkeit als Ursache dafür, daß Deutschland nicht schon 1939 eine Niederlage erlitten habe.

Auch Polens Rolle vor dem 2. Weltkrieg wird oft mit Vorsatz falsch interpretiert. Die Warschauer Führung stellte sich in antisowjetischer Verblendung an die Seite des faschistischen Deutschland. Nach der Niederlage der Roten Armee waren mit dem Rigaer Vertrag von 1921 die Westukraine und das westliche Belorußland an Polen gegangen. 1934 wurde der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag geschlossen. Maßgebliche Führungskreise Warschaws wollten mit Hitlers Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu Felde ziehen. Deren Rote Armee befreite 1939 die vormals zur UdSSR gehörenden Gebiete und schob damit ihre eigene Grenze weiter nach Westen bis zur 1920 vom britischen Außenminister Curzon entworfenen Linie vor. Der Errichtung eines Schutzwalls gegen Hitlerdeutschland dienten auch die sowjetischerseits im Baltikum unternommenen Schritte.

Der Nichtangriffsvertrag, der 1939 zwischen Moskau und Berlin abgeschlossen worden war, geriet fälschlicherweise in den Ruch einer angeblichen historischen

Schuld der UdSSR. Damit wird die reale Lage – das Fehlen einer Alternative angesichts der westlichen Haltung – ebenso wie die Tatsache ignoriert, daß nur so die „Kanalisation“ der gesamten faschistischen Militärmacht gegen eine isolierte Sowjetunion verhindert und die Antihitlerkoalition überhaupt ermöglicht wurden. Für die UdSSR ging es nicht allein um Zeitgewinn, sondern um das nackte Überleben. Die Sowjetunion war in entscheidenden Bereichen auf den Krieg nicht vorbereitet.

Die zeitlichen und territorialen Bedingungen des Vertrages erwiesen sich als lebenswichtig für die Herstellung einer elementaren Verteidigungsfähigkeit des Landes.

Tragische Folgen hatten für die UdSSR bei Kriegsbeginn auch die verheerenden Auswirkungen der Repressalien und „Säuberungen“ in den 30er Jahren. Sie richteten sich insbesondere gegen große Teile der Armeeekader auf hoher und mittlerer Ebene. Widerstand gegen Stalin war bereits 1934 auf dem XVII. Parteitag der KPdSU sichtbar geworden, als ihn ein erheblicher Teil der Delegierten nicht wählte. Die danach einsetzenden Repressalien führten zur physischen Auslöschung nicht weniger Parteitagsteilnehmer, darunter etliche Militärs. All das wirkte sich nicht nur auf die Kriegsführung, sondern auch auf die gesellschaftliche Entwicklung im Lande aus. Es geschah in Zeiten härtester Konfrontation, der imperialistischen Einkreisung der UdSSR und bei intensivem Eingreifen gegnerischer Geheimdienste, deren gezielte Desinformationen schwerwiegende Fehlentscheidungen der sowjetischen Führung im Vorfeld des nahenden Krieges bewirkten.

Ein paar Worte zum Kriegsverlauf. Die Gefechtsbereitschaft galt ab 21. Juni 1941, 24 Uhr. Doch die Modernisierung der Roten Armee war bei weitem noch nicht abgeschlossen. Auch eine falsche Strategie der „Nach vorne“-Verteidigung hatte in der ersten Phase des Krieges schwerwiegende Auswirkungen. Dennoch gelang es zwischen Juli und November 1941, insgesamt 1523 Industriebetriebe, darunter 1300 Werke von militärischer Bedeutung, und zehn Millionen Menschen unter schwierigsten Bedingungen zu evakuieren. Dabei wurden im Hinterland der Front vor allem von Frauen und Jugendlichen wahre Heldentaten vollbracht.

Bis heute dauern die Auseinandersetzungen darüber an, ob die Sowjetunion nun wegen oder trotz Stalin gesiegt hat. Diese Frage ist sachlich, differenziert und unter Berücksichtigung positiver wie negativer Aspekte zu untersuchen. Täten wir das nicht, wäre die Konsequenz vorgegeben: Erst ohne oder trotz Stalin, dann ohne die

führende Rolle der KPdSU, und schließlich könnte man auch Volk und Land des „roten Diktators“ vergessen, die den entscheidenden Beitrag zum Sieg über den



Der deutsche Imperialismus auf dem Vormarsch

Faschismus geleistet haben. Der heroische Kampf bliebe am Ende diskreditiert. Man darf aber niemals vergessen, daß 1,1 Millionen Kommunisten in den Reihen der Roten Armee kämpften und nicht weniger als drei Millionen Parteimitglieder im Krieg den Tod fanden.

Im Zusammenhang mit dem 65. Jahrestag der Befreiung – dem vorjährigen 8. Mai – wurde verstärkt der Mythos verbreitet, die Erlösung der Völker Europas von der hitlerfaschistischen Tyrannei habe mit der Landung britischer und amerikanischer



Afghanistan 2011: Würger fremder Völker

Truppen auf Sizilien, vor allem aber mit der Invasion westallierter Streitkräfte am 6. Juni 1944 in der Normandie ihren Anfang genommen. Völlig ignoriert man dabei die Winterschlacht vor Moskau Ende 1941/Anfang 1942, die vernichtende Niederlage der faschistischen Aggressoren bei Stalingrad, die gigantische Panzer- und Materialschlacht im Kursker Bogen und weitere Operationen an der deutsch-sowjetischen Front bis hin zur Entscheidungsschlacht um Berlin.

Hier geht es nicht darum, den Kriegsbeitrag der Westalliierten in irgendeiner Weise zu schmälern. Die Antihitlerkoalition ist als eine Möglichkeit erfolgreichen Zusammenwirkens von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme gegen einen gemeinsamen Feind und für sich überschneidende Ziele in die Geschichte eingegangen. Dennoch darf eine Verschiebung der Gewichte nicht zugelassen werden. Der Sieg der UdSSR über den Faschismus basierte auf der aufopferungsvollen Arbeit

der sowjetischen Menschen und auf dem heldenmütigen Kampf Gleichgesinnter, die ihr überfallenes Vaterland verteidigten, war aber zugleich auch ein Triumph

der Werte einer sozialistischen Gesellschaft über das kapitaldominierte System.

Dem heute verbreiteten Geschichtsrevisionismus überzeugend entgegenzutreten, erfordert auch, anhand von Zahlen und Fakten den kriegsentcheidenden Beitrag der Völker der UdSSR zu belegen. Die Sowjetunion brachte mit 27 Millionen Toten im

2. Weltkrieg die meisten Opfer. Nahezu jeder Zweite in dieser Zeit ums Leben Gekommene war ein Bürger der UdSSR. In der Mehrzahl handelte es sich um Zivilisten. Übrigens befanden sich unter den Opfern rassistischer und antisemitischer Massenausrottungen auch drei Millionen Sowjetbürger. Von 5,738 Millionen Kriegsgefangenen erlebten 3,5 Millionen ihre Befreiung nicht. 17 000 Städte und 70 000 Ortschaften wurden zerstört. Die Sowjetunion verlor mehr als 30 % ihres Nationalvermögens und ging ökonomisch äußerst geschwächt aus dem Krieg hervor.

Andererseits versetzte die Rote Armee dem Hauptgegner der Antihitlerkoalition die härtesten Schläge: 72 % aller Verluste der deutschen Wehrmacht entfielen auf die Ostfront, von der Roten Armee wurden 75 % der faschistischen Panzer und Sturmgeschütze, 74 % der Artillerie und drei Viertel aller Flugzeuge der Aggressoren vernichtet oder erbeutet.

Die im Juni 1944 eröffnete zweite Front war von den Partisanen auf den besetzten Territorien der UdSSR und anderer Staaten de facto schon Jahre zuvor geschaffen worden. Um ein westliches Beispiel zu erwähnen: Die französische Résistance führte nach Angaben des US-Kommandos allein während und nach der Landung der Alliierten in der Normandie so heftige Schläge gegen die Verbindungslinien der Faschisten wie die Luftstreitkräfte der invasionsbeteiligten Länder im Verlauf von zwei Monaten.

Ziehen wir das Fazit: Der antikommunistische Geschichtsrevisionismus steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der aggressiven Strategie heutiger Welt herrschaftsaspiranten aus NATO und EU, deren Experimentierfeld – nach dem Balkan und dem Überfall auf Irak – heute Afghanistan ist. Dabei bedient sich der Imperialismus modernisierter „Varianten“ jener Ideologie, welche vor 66 Jahren ihre vom Feuersturm der Befreiung hinweggefegten Vorgänger „motiviert“ hat. Ihn an der Verwirklichung seiner finsternen Pläne zu hindern, ist das Vermächtnis derer, die 1945 die rote Fahne mit Hammer und Sichel auf den Reichstag getragen haben.

Bruno Mahlow, Berlin

Wählte die Welt einen „Unrechtsstaat“?

Auch die BRD stimmte in der UNO-Vollversammlung für die Präsidentschaft der DDR

Die hier abgedruckte Rede hielt Botschafter a. D. Ralph Hartmann auf einer von der Fraktion der Linken Liste/PDS im Sächsischen Landtag am 11. Dezember 1993 gegebenen historisch-außenpolitischen Konferenz. Ihr Thema lautete: „Die DDR in der Völkergemeinschaft. Das vereinte Deutschland. Erbe eines anerkannten Unrechtsstaates“

Wir alle sind gegenwärtig Zeugen, wie die 41jährige Geschichte der DDR, ihrer Entstehung, Entwicklung und ihres Unterganges umgeschrieben werden soll. Doch so aufwendig, massiv und infam die Bemühungen, die DDR zu dämonisieren, auch sind – der Umstand, daß sie ein völkerrechtlich anerkannter Staat war, ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Tatsachen sind ein „hartnäckig Ding“, und eine historische Tatsache ist es, daß die DDR nach einem langwierigen und außerordentlich komplizierten Prozeß zu Beginn der 70er Jahre die diplomatische Blockade überwand und schließlich volle diplomatische Beziehungen zu mehr als 130 Staaten der Erde unterhielt, gleichberechtigtes und sehr aktives Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen und zahlloser anderer internationaler Organisationen war.

Es ist eine historische Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland nach dem Scheitern des Alleinvertretungsanspruches die DDR zwar nicht als „Ausland“, so aber doch als souveränen Staat anerkannte und im Grundlagenvertrag die Respektierung der Hoheitsgewalt der DDR auf ihren Staatsgebiet, ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit in inneren und äußeren Angelegenheiten zusicherte.

Zweifellos war auch der außenpolitische Spielraum des selbständigen Staates DDR eingengt. Die feste Einbindung in das von der UdSSR dominierte Bündnissystem, die durch den Kalten Krieg bestimmten und nicht von uns gewählten Bedingungen, ökonomische Abhängigkeiten und die in den 80er Jahren immer enger werdende Schlinge der Auslandsverschuldung setzten ihm deutliche Grenzen. Aber es bleibt eine geschichtliche Tatsache, daß die DDR aufgrund ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Leistungen, ihrer verlässlichen Friedenspolitik und aktiven Mitwirkung an der Gestaltung des europäischen Vertragswerkes, an der Eindämmung von Spannungen und an den Abrüstungsbemühungen international angesehen war. Daß dieses Ansehen zum Zeitpunkt des Verlöschens der DDR in der Welt weitaus größer war als im Innern des Landes, ist keineswegs eine Ironie der Geschichte, ein Zufall, sondern Ausdruck der Schere zwischen Innen- und

Außenpolitik, die sich in den 80er Jahren immer deutlicher auftut.

Doch vom Standpunkt des internationalen Rechts ist nicht das Ansehen, die Reputation eines Landes maßgebend, sondern der Status als völkerrechtlich anerkannter Staat, ein Tatbestand mit überaus realen Konsequenzen. Da die DDR ein souveränes Völker-



Dieses „baufällige“ Haus am Berliner Marx-Engels-Platz – es beherbergte das MfAA und das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR – wurde von den Bilder- und Schilderstürmern wie der benachbarte Palast der Republik grundlos abgerissen.

rechtssubjekt war – und gerade das hatte auch das Bundesverfassungsgericht trotz manch anderer Klimmzüge in einem Urteil vom 31. Juli 1977 festgestellt –, besaß sie das Recht, staatliche Hoheitsakte zu erlassen. Handlungen ihrer Staatsbürger in deren Verwirklichung waren somit rechtmäßig. Versuche, sie im nachhinein zu kriminalisieren, verstießen nicht zuletzt gegen Grundprinzipien des Völkerrechts. Übrigens ist das ein Aspekt, dem viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. In dieser Tatsache dürfte eine der Hauptursachen dafür zu suchen sein, daß die Außenpolitik bisher aus der Generalabrechnung mit der besiegten DDR weitgehend ausgeklammert blieb. Diese deutliche Lücke in der allgemeinen Verteufelung der DDR ist gewiß keine Folge von Vergeßlichkeit, sondern eher Ausdruck des schlechten Gewissens, insofern die selbsternannten und selbstherrlichen Richter über die Geschichte der DDR überhaupt ein solches besitzen. Nein, sie haben schon ihre Gründe, den außenpolitischen Bereich bei der allgemeinen Geschichtsklitterung bisher weitgehend zu umgehen.

Einer weltweit bekannten und anerkannten Friedenspolitik und ihren handelnden Personen kann man nun einmal schwerer als in anderen Bereichen andichten, daß sie Kleinstkinder in Wassereimern ersäufte, aufmüpfige Pfarrer mit Ruhrbazillen infizierten oder zwangsweise Organ-spender für das Politbüro besorgten. Auf

außenpolitischem Gebiet ist die Manipulierung der öffentlichen Meinung weitaus komplizierter – hier gibt es internationale Dokumente, Verträge, ausländische Partner und Zeitzeugen. Und schließlich – und das bleibt das Entscheidende – will man nicht daran erinnern, daß die DDR ein souveränes Völkerrechtssubjekt war. Anderenfalls

müßte man auch das so schon spärlich wachsende Gras darüber ausreißen, daß die BRD seinerzeit der Aufnahme der DDR in die UNO, ihrer Wahl als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates und ihrer Präsidentschaft in der Vollversammlung zustimmte. Mit der heute vertretenen These vom „Unrechtsstaat DDR“, dem Ausgangspunkt der Enteignung des Volksvermögens, der sozialen Benachteiligung und der politischen Strafverfolgung, vertritt sich diese damalige Handlungsweise schlecht.

Allerdings sind wir gut beraten, uns darauf einzustellen, daß auch die Außenpolitik noch Gegenstand der allgemeinen Verketzerung der DDR wird. Nicht zu übersehen ist natürlich, daß die Abrechnung mit den DDR-Bürgern, die auf außenpolitischem Gebiet tätig waren, längst in vollem Gange ist.

Einst waren die Außenpolitiker, die Diplomaten der DDR geachtete und

nicht selten gerade von ihren Kollegen aus der BRD hofierte Partner, heute sind sie mit Berufsverbot belegt. Schneller noch als viele Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane wurden sie in der Stunde Null des vereinigten Deutschlands auf die Straße gesetzt; so gut wie keiner wurde übernommen. Übernommen hat man lediglich das wahrlich nicht geringe Auslandsvermögen, so, wie man anscheinend am liebsten die ganze DDR übernommen hätte – als unbewohnte, aber einträgliche Immobilie. Allein das Liegenschaftsvermögen der DDR im Ausland, das zum Bundesvermögen geworden ist, umfaßt im Bereich der Außenpolitik 22 Residenzen, 47 Botschaften, 1 003 Dienstwohnungen, 15 Kindergärten und Schulen und 7 Freizeitobjekte. Angeblich läßt sich der Wert, wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken Liste/PDS erklärte, „nicht ohne weiteres bestimmen, da das Verwaltungsvermögen nicht bewertet wird“.

Apropos Übernahme ins Auswärtige Amt: Es scheint schon sehr zweifelhaft, ob die Mehrheit der DDR-Diplomaten fähig und vor allem willens gewesen wäre, eine völlig andere, eine großdeutsche Außenpolitik zu vertreten. Neben der Höhe des Gehalts unterscheiden sie eine andere Weltanschauung und völlig andere Vorstellungen von den Zielen deutscher Außenpolitik.

Was die finanziellen Privilegien der DDR-Diplomaten betrifft, so waren diese wahrlich

nicht sonderlich groß. Auch wenn „Der Spiegel“ dazu allen möglichen Unsinn verbreitet. Er weiß zu berichten, daß die „Kaste“ der DDR-Diplomaten „im SED-Regime mehr Privilegien genoß als die meisten Mitglieder der Nomenklatura“. Dazu zählt er 2 100 Mark Nettoeinkommen der Botschafter (ohne Aufwandsentschädigung), für den Normalverbraucher unerschwingliche Westautos und freie Studienplätze für die Kinder.

„Der Spiegel“ hat nicht einmal völlig unrecht. Auch die Kinder der DDR-Diplomaten konnten wie die der anderen kostenlos studieren. Trabant, Wartburg oder Lada waren z. B. aus fernöstlicher Sicht „Westwagen“. Nur beim Botschaftergehalt hat er Netto mit Brutto verwechselt, aber in Jerewan hätte man gesagt: „Im Prinzip stimmt’s“. Allerdings hätte es die Sekretärin eines Botschafters der BRD gewiß abgelehnt, für das Gehalt eines Botschafters der DDR zu arbeiten. Entsprechend groß sind die Unterschiede in den Renten, und dennoch werden auch die der DDR-Diplomaten wegen erwiesener und nie geleugneter „Staatsnähe“ zusätzlich gekürzt.

Aber in dieser Hinsicht nehmen die Außenpolitiker und Diplomaten keine Sonderstellung ein. Sie gehören zu den über eine Million aus dem Berufsleben ausgegrenzten Hoch- und Fachschulabsolventen der DDR und bilden damit ganze 0,2 bis 0,3 Prozent derer, die dem sogenannten Elitenwechsel zum Opfer gefallen sind.

Unter den abgewickelten und ausgegrenzten DDR-Bürgern sind die Diplomaten ebenso wenig die schwarzen Schafe wie sie zu DDR-Zeiten weiße unschuldige Engel waren. Sie tragen – ungeachtet der nicht gering zu schätzenden Erfolge der von ihnen praktizierten Außenpolitik – Mitverantwortung und spezifische Verantwortung für das Scheitern des sozialistischen Versuchs auf deutschem Boden. Mitverantwortung, da wir zu den Deformierungen in Politik und Gesellschaft geschwiegen und wie die meisten ehemaligen SED-Mitglieder insofern versagt haben. Wir haben nie wirklich um eine volle Einhaltung des Parteistatuts und der Verfassung gekämpft.

Spezifische Verantwortung tragen wir, da wir nicht geholfen haben, die nach Helsinki wachsende Schere zwischen Innen- und Außenpolitik zu schließen, die letztlich wichtige Lebensfäden des Landes durchschnitten und zu seinem Untergang beitrug. Gerade in den 70er Jahren haben wir es z. B. versäumt, den nicht wenigen ausländischen Stimmen stärker Gehör zu verschaffen, die der im Aufwind befindlichen DDR empfahlen, doch die Mauer durchlässiger zu machen und schnelleren Schrittes Reisefreiheit zu gewähren. Wir Botschafter verfügten dazu über ein Instrument, das nur wenige andere hatten: eine direkte Linie zum Generalsekretär über Chiffre-Telegramme und Botschafterbriefe. (Eine Frage ist es allerdings, wie lange wir dieses Privileg bei einer derartigen Nutzung hätten genießen können.)

Unsere Analysen über die internationale Lage und über unsere Gastländer waren, meist unbewußt, aber nicht selten von

reichlich voluntaristischen Ausgangspunkten geprägt, so durch die stark verinnerlichte Überzeugung von der unaufhaltsamen, objektiv bedingten Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zu unseren Gunsten und von der Überlegenheit des realsozialistischen Modells, nicht zuletzt des in den Farben der DDR. Doch Fehleinschätzungen führten zu Fehlentscheidungen und -schritten. So hat es z. B. unsere jahrzehntelange distanzierte und vorgefaßte Haltung zur jugoslawischen Selbstverwaltung verhindert, bedenkenwerte Erfahrungen gerade in der Frage des Verhältnisses zwischen Volkseigentum und Produzenten, zwischen der Beseitigung der Ausbeutung und einem neuen Eigentümerbewußtsein zu gewinnen, also in einer Frage, die beim schnellen Zusammenbruch sozialistischer Strukturen eine Schlüsselrolle spielte. Nicht ganz zufällig hat die rote Fahne in Belgrad länger als in Berlin, Warschau und Prag geweht!

So kritisch wir gegen andere waren, so eifrig waren wir in der Regel, wenn es darum ging, aus Gesprächen mit führenden Vertretern des Gastlandes oder dort zu Besuch weilenden Staatsoberhäuptern anderer Länder per Chiffretelegramm das nach Hause und möglichst direkt an den Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär zu geben, was alles an Löblichem und Positivem über die DDR und seinen ersten Repräsentanten gesagt wurde. So nährten wir dessen Glauben an die eigene Unfehlbarkeit, die wir insgeheim beklagten.

Nein, schuldlos am Untergang der DDR sind wir nicht. Wir waren eingebunden in ein System, das die Selbstkritik pries, aber nicht liebte und den für die Entwicklung dringend nötigen demokratischen Widerspruch unterdrückte.

Helden waren auch wir nicht. Und doch hatten wir uns der Aufgabe verschworen, die Entwicklung des sozialistischen deutschen Staates außenpolitisch abzusichern und, um ein geflügeltes Wort zu gebrauchen, als „Parteiarbeiter an der diplomatischen Front“ einer Politik der Entspannung, des Friedens und der Völkerverständigung zu dienen.

An dieser Stelle sei mir noch ein persönliches Wort gestattet: Ich hatte es mir zur Gewohnheit gemacht, in Belgrad in den Reden zu den Jahrestagen nicht Erich Honecker, sondern jene zu zitieren, die der DDR von Anfang an Pech und Schwefel an den Hals wünschten und ihren schnellen Untergang prophezeiten. Gerade zu den Geburtstagen unseres Staates tat es der Seele wohl, daran zu erinnern, wie schmächtig sie sich geirrt hatten. Zu den so Zitieren gehörte auch der spätere Außenminister Brentano, der kurz nach der DDR-Gründung erklärte: „Wir werden alles tun und das Letzte unternehmen, ich sage ausdrücklich das Letzte, um die sowjetische Besatzungszone wieder zurückzuholen.“

Damals haben wir vor seinesgleichen gewarnt, auch haben wir sie ob ihrer scheinbaren Realitätsferne verspottet – heute haben sie uns „zurückgeholt, heim ins Reich“. Und das ist schon bitter!

Doch war alles umsonst, jetzt, da die jähe Wende uns weit zurückgeschleudert hat? Ich meine „nein“.

Erstens, die Außenpolitik der DDR war Bestandteil des ersten großangelegten sozialistischen Versuchs auf deutschem Boden. Wie die 40 Jahre der Entwicklung der DDR vermittelt sie wertvolle Lehren für die Zukunft.

Zweitens, wie die Existenz der DDR selbst hat ihre Außenpolitik geholfen, in Europa den Frieden zu sichern, mehr als 40 Jahre lang, in denen in der Welt enorme Veränderungen vor sich gegangen sind. Wie wertvoll 40 Jahre Frieden in Europa waren, welches ein Glück für Generationen, spürt man heute besonders stark, da der Waffenlärm im Süden des Kontinents zu uns schallt.

Drittens, die Existenz und die Außenpolitik der DDR haben die BRD auch außen- und militärpolitisch zu Schritten und Verhaltensweisen gezwungen, die man auch heute nicht so ohne weiteres als unnötigen Ballast abwerfen kann. Die erzwungene militärische Zurückhaltung aufzugeben, fällt einigen großdeutschen Politikern schwerer, als sie sich das wünschten. Die für den europäischen Frieden so wichtige Anerkennung der Ostgrenzen wäre schwerlich ohne die DDR und ihre Außenpolitik erfolgt, auch wenn dafür mit ihrer Liquidierung ein hoher Preis gezahlt werden mußte. Und schließlich ist der auch heute geltende „Verzicht der Bundesrepublik auf Kernwaffen“ ohne die DDR und deren Außenpolitik kaum vorstellbar.

Nein, vieles war vergeblich, umsonst war es nicht.

Ralph Hartmann

Unser Autor war bis 1990 Botschafter der DDR in der SFRJ. Er hat sich auch als Verfasser von Bestsellern („Die Liquidatoren der Treuhandanstalt“, „Die DDR unterm Lügenberg“) einen Namen gemacht.

Der Träumer

In des Träumers Visionen
hat die Kraft der Schwachen
für den Zug nach Nimmersatt
das Signal auf Halt gestellt.
Der alte Zeitgeist mußte weichen.

Die Aktion der Millionen,
die die Vormundschaft zerbrachen,
ward zum Tor, das sich geöffnet hat
zur ersehnten Friedenswelt
der Freien und der Gleichen.

Der Angepaßte höhnt: niemand will
das Hirngespinnst, dies Irrlicht
einer Utopie, die erneut nur Menschen narrt!
Der schöne Traum
wird niemals Wirklichkeit!

Der Träumer lächelt still.
Zu streiten ist ihm Pflicht –
für jede ungeschützte Kreatur,
für seinen grünen Bruder Baum
und eine Welt der Menschenfreundlichkeit.

Hans Werner (2007)